

Tiri, Südlibanon. Am frühen Mittwochnachmittag waren zwei Fahrzeuge in Al Tiri unterwegs. Im zweiten Fahrzeug saßen zwei Journalistinnen, die über israelische Angriffe im Gebiet um Al Tiri berichten wollten. Im ersten Fahrzeug waren zwei ortskundige Begleiter. Al Tiri liegt nördlich der Kleinstadt Tibnin. Ein Bericht von **Karin Leukefeld** (Beirut).

Offiziell gibt es im Libanon seit dem 17. April eine zehntägige „Waffenruhe“, die von US-Präsident Donald Trump verordnet wurde, um im Krieg gegen den Iran und der Kontrolle der Straße von Hormus voranzukommen. Innerhalb der ersten 48 Stunden hat Israel bereits mehr als 220-mal die neue „Waffenruhe“ gebrochen, so das libanesische Nationale Zentrum für Wissenschaft und Forschung in einem Bericht. Die meisten der Angriffe fanden und finden im Südlibanon und in der Bekaa-Ebene statt. Seit Beginn der „Waffenruhe“ sind viele Journalisten unterwegs, um die Folgen der israelischen Angriffe zu dokumentieren.

An diesem Mittwochnachmittag gegen 14:50 Uhr wurde das Begleitfahrzeug der Journalistinnen von einer Drohne angegriffen. Das vorausfahrende Fahrzeug wurde zerstört, beide Insassen wurden getötet. Amal Khalil, erfahrene langjährige Journalistin der Tageszeitung *Al Akhbar*, und ihre Kollegin, die Photographin Zeinab Faraj, die in dem zweiten Fahrzeug unterwegs waren, kontaktierten ihre Redaktion (*Al Akhbar*), die libanesische Armee und das Libanesische Rote Kreuz. Sowohl die libanesische Armee als auch die Rettungshelfer erhielten vom israelischen Militär – das die Feuerhoheit über das Gebiet hat und durchsetzt – keine Durchfahrterlaubnis nach Tiri. Israelischer Beschuss hielt an, daher versuchten die Journalistinnen, sich in einem Haus in Sicherheit zu bringen. Mehr als eine Stunde versuchten die Rettungshelfer der UN-Friedensmission UNIFIL in Absprache mit der libanesischen Armee, zum Ort des Geschehens zu gelangen. Auch der libanesische Präsident Aoun schaltete sich ein sowie der von den USA und Frankreich geleitete „Waffenstillstandsmechanismus“.

Das Fahrzeug der Journalistinnen wurde von einer israelischen Drohne zerstört, die beiden Journalistinnen flüchteten in ein benachbartes Haus. Schließlich bombardierte ein Kampffjet der israelischen Luftwaffe gezielt das Haus, in dem die beiden Zuflucht gesucht hatten. Erst später erhielt das Rote Kreuz die Durchfahrtgenehmigung und evakuierte zunächst die zwei Toten und Zeinab Faraj, die am Kopf verletzt war und ein Bein gebrochen hatte. Während der Fahrt zum Krankenhaus in Tibnin wurde das Rettungsfahrzeug von israelischem Militär beschossen, wie Einschusslöcher in dem Fahrzeug zeigen. Amal Khalil war unter den Trümmern des bombardierten Hauses verschüttet und konnte erst spät am Abend und unter Einsatz von schwerem Gerät geborgen werden. Die Rettungshelfer fanden Amal Khalil in einer Ecke des Hauses unter Trümmern. Sie hatte den israelischen Angriff nicht überlebt.

Seit Anfang 2026 wurden von der israelischen Armee neun libanesische Journalisten und Journalistinnen unterschiedlicher Medien getötet. In allen Fällen handelte es sich um gezielte Morde durch israelische Angriffe.

Israel: Wer mit Hisbollah zu tun hat, ist dem Tod geweiht

Nach der Bergung der beiden Journalistinnen in Tiri hieß es in einer Stellungnahme des Komitees zum Schutz von Journalisten, [CPJ](#): „Die wiederholten Angriffe auf denselben Ort, die gezielte Bekämpfung eines Gebiets, in dem sich Journalisten aufhielten, sowie die Behinderung des Zugangs für medizinische und humanitäre Hilfe stellen einen schwerwiegenden Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar.“ Der libanesische Ministerpräsident Nawaf Salam, der sich derzeit in Paris aufhält, sprach in einer Erklärung auf X (vormals Twitter) von einem „Kriegsverbrechen“ der israelischen Armee.

Amal Khalil war seit 2024 wiederholt von Israel direkt mit dem Tod bedroht worden. Sie berichtete von Telefonanrufen auf ihrem privaten Telefon, sie wurde aufgefordert, den Südlibanon und Libanon zu verlassen, wenn sie „ihren Kopf auf den Schultern behalten“ wolle. Sie wurde gefragt, ob ihr Haus noch stehe. Ihr wurden Informationen zugeschickt, die persönliche Details auch ihrer Familie beinhalteten.

[Drop Site News](#), ein US-Online-Portal, das unmittelbar nach Bekanntwerden des israelischen Angriffs auf die Journalistinnen berichtete, kontaktierte den drohenden Anrufer von damals, einen gewissen Gideon Gal Ben Avraham, der sich selbst als „pensionierten Offizier des Militärs“ beschreibt. Er ist aktiv als Kommentator für Medien, tritt im israelischen Fernsehen auf und betreibt einen YouTube-Kanal, der Analysen über den Mittleren Osten liefert. Als ehemaliger Militär wolle er dem israelischen Geheimdienst „helfen“, so Avraham.

[Drop Site fragte schriftlich nach](#), und Avraham bestätigte seine Drohungen gegen Amal Khalil 2024. Er bezeichnete „diese“ Journalisten als „Spione der Hisbollah“, die israelische Soldaten ausspionierten, damit Hisbollah sie angreifen könne. „Grüßen sie alle Journalisten, die mit Hisbollah zu tun haben“, schrieb Avraham. „Jeder, der für diese Organisation arbeitet, sollte wissen, dass ihm der Tod bevorsteht.“ Dann konkretisierte er und schrieb, die Tageszeitung *Al-Akhbar* stehe seiner Meinung nach „der Hisbollah nahe“ und „nur diejenigen, die mit der Hisbollah in Verbindung stehen, (sollten) Angst haben“. „Maroniten und Sunniten“ nahm Avraham ausdrücklich von seinen Drohungen aus, sie seien nicht bedroht.

Amal Khalil, die aus Baysariyyeh, Bezirk Sidon stammte, wurde 43 Jahre alt. Sie hatte mehr

als zehn Jahre von Kriegen und israelischen Invasionen in den Südlibanon für *Al Akhbar* berichtet. Die 2006 gegründete Zeitung gilt von der Redaktionslinie her als nah der Hisbollah und dem schiitischen Widerstand. *Al Akhbar* beschreibt sich als säkulare, unabhängige und progressive Zeitung.

Zweites Botschaftertreffen in Washington

Trotz zahlreicher Aufrufe, das bilaterale Botschaftertreffen in Washington abzusagen, verschärfte der libanesische Präsident Joseph Aoun sein Vorgehen. Er [forderte](#) die libanesischen Sicherheitsdienste von Innen- und Verteidigungsministerium auf, Razzien auf Waffendepots (der Hisbollah) in Beirut und andernorts durchzuführen. Während im Zentrum von Beirut Journalisten und Medienschaffende und viele andere der ermordeten Journalistin Amal Khalil gedachten, die am Tag zuvor von der israelischen Armee getötet worden war, betonte Aoun am Donnerstag erneut, die Regierung werde die Hisbollah entwaffnen.

Libanon: Verlängerung der „Waffenruhe“

Als wichtigstes Ziel des bevorstehenden Botschaftergesprächs bezeichnete Aoun gegenüber der französischen Nachrichtenagentur *AFP*, dass die „Waffenruhe“ verlängert werden müsse, um die Entwaffnung der Hisbollah umzusetzen. Sie läuft nach zehn Tagen am kommenden Sonntag aus. Nach der „Waffenruhe“, die Ende November 2024 begann, hatte die Hisbollah mehr als 300 Waffenlager der libanesischen Armee übergeben, die die Waffen mit Hilfe der UNIFIL sicherte. Die libanesischen Armee wurde von der israelischen Armee allerdings daran gehindert, wie vorgesehen im gesamten Süden des Landes - entlang der „Blauen Linie“, der von der UN markierten Waffenstillstandslinie - Einheiten zu stationieren.

Israel besetzte damals fünf Hügel auf libanesischem Territorium, wo israelische Einheiten stationiert wurden und eine Pufferzone um sich zogen. Selbst libanesische Soldaten wurden daran gehindert, diese Gebiete zu betreten. Zivilisten, die in ihre Dörfer zurückkehren wollten, wurden von der israelischen Armee bedroht. Zahlreiche Personen, die unbewaffnet in ihre Dörfer zurückkehren wollten, wurden erschossen.

Mit Beginn der damaligen „Waffenruhe“ forderte Israel die Entwaffnung der Hisbollah nicht nur in dem Gebiet zwischen „Blauer Linie“ und Litani-Fluss, wie es die UN-Sicherheitsratsresolution 1701 vorsieht, sondern im ganzen Libanon. Die Hisbollah weigert sich, die Waffen an die libanesischen Armee zu übergeben, solange Israel libanesisches Territorium besetzt hält und die Bevölkerung nicht in ihre Dörfer zurückkehren kann. Vom

ersten Tag der ersten „Waffenruhe“ (November 2024 - 2. März 2026) an bombardierte Israel Ziele im ganzen Libanon, einschließlich der Hauptstadt Beirut. UNIFIL registrierte mehr als 10.000 völkerrechtswidrige Grenzverletzungen durch israelische Kampffjets, Drohnen, Artillerie und Bodentruppen. Hisbollah feuerte in den 15 Monaten lediglich einmal auf Israel. In der internationalen, vor allem in der bundesdeutschen Berichterstattung wird diese von UNIFIL bestätigte Tatsache auffällig vergessen.

Libanon: Ende der systematischen Zerstörung im südlichen Libanon

Als weiteres Ziel des Botschaftergesprächs in Washington soll die libanesisch Botschafterin in den USA, Nada Hamadeh, darauf drängen, dass Israel seine systematische Zerstörung des südlichen Libanon einstellt. Die Regierung in Beirut weiß, dass Israel das Gebiet entvölkern und unbewohnbar machen will, um dort militärisch eine „Pufferzone“ durchzusetzen. Schon mit Beginn der ersten „Waffenruhe“ im November 2024 hatte Israel Hunderte Dörfer, Höfe und Weiler entlang der „Blauen Linie“ dem Erdboden gleichgemacht. Die Zerstörung wurde seitdem und seit Beginn der neuen „Waffenruhe“ (17. April) verschärft fortgesetzt.

Ursprünglich erklärte Israel das gesamte Gebiet zwischen „Blauer Linie“ und Litani-Fluss als durch Israel militärisch kontrollierte Pufferzone. Dann wurde ein Drei-Stufen-Plan vorgelegt. Danach sollen 55 libanesisch Dörfer entlang der „Blauen Linie“ in eine „Pufferzone verwandelt und dem Erdboden gleichgemacht werden. Niemand darf in diese Dörfer zurückkehren. In einer zweiten Stufe soll die Pufferzone bis an die libanesisch-syrische Grenze (Berg Hermon) erweitert und seeseitig bis Sidon reichen. Darüber hinaus will Israel seine Landnahme auf die libanesisch Gasfelder im Mittelmeer ausweiten. Die dritte Zone ist der Restlibanon, die von der libanesisch Regierung kontrolliert werden soll, wie es Israel verlangt: Entwaffnung der Hisbollah im ganzen Land. Bis das erreicht ist, hat Israel „grünes Licht“, alles im gesamten Libanon anzugreifen, was es als Hisbollah-Gefahr identifiziert: Personen, Gebäude, Fahrzeuge, Bauernhöfe.

Israel: Schluss mit UN-Sicherheitsratsresolution 1701 und UNIFIL

Ursprünglich, das heißt entsprechend der UN-Sicherheitsratsresolution 1701, sollte das Gebiet zwischen der „Blauen Linie“ und dem Litani-Fluss ausschließlich von der Libanesisch Armee und den UNIFIL-Truppen kontrolliert werden. Alle anderen bewaffneten Akteure einschließlich der israelischen Armee - auch das wird meist in der deutschen Berichterstattung ausgelassen - sollten sich aus dem Gebiet zurückziehen. Damit sollten die Voraussetzungen für libanesisch-israelische Gespräche über bestehende Grenzstreitigkeiten geschaffen werden.

Der Libanon habe eine seiner ruhigsten Phasen nach 2006 erlebt, so der ehemalige UNIFIL-Sprecher Andrea Tenenti im Gespräch mit der Autorin kurz vor seinem Ruhestand (Juni 2025) in Naqoura. Die UN-Sicherheitsratsresolution 1701 habe einen Rahmen geschaffen, der weitgehend von allen respektiert worden sei. Es habe durch UNIFIL einen Mechanismus für das Austragen von Konflikten zwischen Israel und Libanon gegeben, man habe miteinander geredet. Von 1982 bis 2000 war der Südlibanon von Israel besetzt und wurde von einer südlibanesischen christlichen Miliz kontrolliert, die von Israel finanziert wurde. Der breite libanesische Widerstand gegen die israelische Besatzung - die anfangs auch Beirut umfasste - schwächte ab und die libanesische Hisbollah entstand. Widerstandsaktionen unterschiedlicher Art führten schließlich zum Rückzug der israelischen Armee im Jahr 2000. Die südlibanesische Armee zog ebenfalls Richtung Israel ab. Die aus dem Süden von Israel vertriebenen Libanesen kehrten in ihre Dörfer zurück. Sie bauten auf, pflanzten an, der Südlibanon blühte auf, Schulen, Krankenhäuser entstanden.

Nun soll die UNIFIL-Mission bis Ende 2026 abgeschafft werden, und die USA, Frankreich, Deutschland und andere „Freunde des Libanon“ setzen den Zedernstaat unter Druck, die innere Opposition zu neutralisieren und Israel das zu überlassen, was es seit dem ersten Weltkrieg - damals in Gestalt der Zionistischen Weltbewegung auf der Pariser Friedenskonferenz - verlangt hat: den [gesamten Süden des Libanon](#). Wenn der Iran, der angeblich Libanon besetzt hält, und die „Iraner“ - gemeint sind libanesische Schiiten - vertrieben und der Iran zerstört sind, will Israel den „Segen“ in die Region bringen. Dann soll dem Libanon Wohlstand winken, [500 Millionen Euro](#) Aufbauhilfe sind im Gespräch. Investitionen, die sowohl Libanon als auch Israel nutzen sollen, werden vom US-Außenministerium versprochen. Und einen Tag vor Beginn der zweiten Botschafterrunde in Washington [appelliert](#) der israelische Außenminister Gideon Sa'ar an die libanesische Regierung: „Lassen sie uns zusammenarbeiten.“

Umarmen und entwaffnen

In Politik, Werbung und Wirtschaft ist die „Umarmungstaktik“ bekannt. Es handelt sich verschiedenen Quellen zufolge um eine Methode, bei der ein Gegner, Kritiker, Partner durch übertriebene Freundlichkeit, Lob oder Einbeziehung „sinnbildlich umarmt“ und entwaffnet werden soll. Ein eindrückliches Beispiel dieser Taktik lernen Kinder schon im Dschungelbuch [in Gestalt der Schlange Kaa](#) kennen ...

Das Ziel ist, Widerstand zu brechen, Kritiker und Gegner zu neutralisieren und Konkurrenten einzuvernehmen, um sie handlungsunfähig zu machen oder zu kontrollieren. Es ist auch eine rhetorische Methode, um Argumente eines Gegners zu entkräften. Einem Konkurrenten oder Gegner wird beispielsweise die Zusammenarbeit angeboten, um dessen

Oppositionskraft zu schwächen. Um Gegner auszuschalten, zeigt man sich übertrieben freundlich und zugewandt, ignoriert aber komplett dessen Position in der Sache. „Umarmungstaktik“ bedeutet, Widerstand zu brechen oder zu neutralisieren. Politische Gegner und deren Forderungen werden eingebunden und durch scheinbares Entgegenkommen neutralisiert.

Was Jugendliche in Rhetorikkursen lernen, scheint der aktuellen libanesischen Staatsführung und ihren Beratern wenig bekannt zu sein. Sollten sie dieses manipulative Handwerk, mit dem sie aktuell eingewickelt werden, verstehen, ist unverständlich, warum sie sich darauf einlassen? Das fragen sich auch die ursprünglichen Bewohner des Landes, die vertriebenen Familien aus dem Südlibanon, die in Notunterkünften in und um Beirut leben, weil sie nicht in ihre Dörfer zurückkehren können.

Die ursprünglichen Bewohner des Landes

Niemand habe das Recht, über einen Kopf hinweg mit Israel zu reden, sagt Hussein S. im Gespräch mit der Autorin in Haret Hreik, einem Viertel in Südbeirut. Er stamme aus Nabatieh Ashat und sei schon als Kind von dort vertrieben worden. Sie seien nach 2000 zurückgekehrt, sagt Herr S., nach dem Abzug der israelischen Besatzer. Zwei Häuser, zwei Geschäfte für Hochzeitskleider habe er nun dort verloren, und in Haret Hreik sei seine Wohnung schon vier Mal von Israel zerbombt worden. „Dieses Land gehört uns“, sagt der Mann, „und wenn jemand über uns und unsere Sicherheit reden will, soll er erst einmal zu uns kommen und da wohnen, woher ich und meine Familie stammen. Sollen sie doch erleben, wie es ist, so einen Feind zum Nachbarn zu haben. Seit Generationen versucht er, uns von unserem Land zu vertreiben. Wir müssen uns wehren und wir haben dazu auch das Recht.“

„Wir sind friedvolle Leute“, sagt ein Familienvater aus Mais al Jabal in einer Vertriebenenunterkunft in Beirut im Gespräch mit der Autorin. Mais al Jabal liege genau an der „Blauen Linie“, der Waffenstillstandslinie, die die UN-Friedensmission für Libanon, UNIFIL, im Juni 2000 zog. 25.000 Einwohner habe Mais vor Oktober 2023 gehabt. Er habe ein Geschäft für Möbel gehabt, der Familie sei es gut gegangen.

Der Regierung steht er skeptisch gegenüber. „Wenn Ministerpräsident Nawaf Salam in einem Moment großer Gefahr die libanesischen Armee abzieht und uns, die Leute, dem Feind überlässt, was sollen wir dann denken?!“ Ob der Mann ehrlich sei, wenn er die Menschen dem Feind überlässt? „Wir denken, dass Nawaf Salam von den USA in den Libanon geschickt wurde, um andere, nicht unsere Interessen zu vertreten“, fügt er hinzu. „Das ist, was wir sehen.“

Herr A. sitzt mit Teilen seiner Familie und Nachbarn aus seinem Heimatort in einem schmucklosen Gang der Notunterkunft, an dessen Ende sie mit Sesseln eine Sitzecke eingerichtet haben. Auf die Frage, wie sie sich informierten, sagen die Anwesenden, über soziale Medien sei man über das, was im Land geschehe, aktuell informiert. „Und wir verfolgen die Nachrichten aus Israel, den USA und Libanon“, sagt Herr A. „Über das Handy.“ „Wenn wir Strom haben und Internet“, fügt seine Nachbarin hinzu. Alle lachen. Strom ist knapp, es fehlt an Treibstoff, um den Generator zu betreiben.

Sie alle seien traurig über das, was ihrer Heimat angetan werde, sagt Familienvater A. Schon 2024 sei ihr Ort von Israel weitgehend zerstört worden, jetzt sei alles dem Erdboden gleichgemacht, Israel habe begonnen, Teile des Südlibanon zu besetzen. „Es heißt, dass die Waffen schweigen, seit es eine „Waffenruhe“ gibt“, so Herr A. „Aber die israelische Zerstörung geht weiter, jeden Tag gibt es Tote.“

Auf die Frage, ob er ein Ende in Sicht sehe, zuckt der Mann mit den Schultern. „Wir hoffen es“, sagt er. „Aber das wird nicht durch Reden gehen, sondern nur mit militärischer Stärke“, beantwortet er eine Frage, die als Nächstes folgen sollte. „Was denken Sie denn über die Gespräche der Botschafter in Washington?“ Israel habe „keine Ahnung von Diplomatie“, antwortet Herr A. „Selbst einige europäische Staaten haben Israel schon aufgefordert, seinen Kurs zu ändern.“ Sie alle wollten Frieden, doch „nur der Widerstand wird Frieden durchsetzen können“.

Es ist später Nachmittag, als die Autorin die Unterkunft der Vertriebenen verlässt. Die Medien berichten von einem israelischen Angriff auf zwei Journalistinnen und ihre Begleiter im Süden. „Sie sind eingeschlossen“, sagt mein Begleiter. Es gäbe auch Tote. Israel beschiesse die Journalistinnen, Rettungskräfte seien noch nicht durchgekommen.

Titelbild: Andy.LIU/shutterstock.com